

A n t w o r t

des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/80 –

Angekündigte Schließung von Justizstandorten

Die **Große Anfrage** vom 30. Juni 2011 hat folgenden Wortlaut:

Die Landesregierung hat angekündigt, die Oberlandesgerichte Koblenz und Zweibrücken sowie die Generalstaatsanwaltschaften Koblenz und Zweibrücken mit Sitz in Zweibrücken zusammenzuführen. Zudem soll ein Gerichtsstandort in der Verwaltungsgerichtsbarkeit aufgelöst werden. Die angekündigten Schließungen haben bei den betroffenen Beschäftigten, Rechtsanwälten, Gewerkschaften, Kammern und Verbänden sowie in der Bevölkerung zu erheblicher Kritik geführt.

Die vorliegende Anfrage soll zu einer Bestandsaufnahme der Situation führen.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Situation im Bereich der Oberlandesgerichte

1. Wie hat sich die Anzahl der beim Oberlandesgericht Koblenz eingegangenen Verfahren in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, wie war die Situation beim Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken (bitte nach Gerichten, Verfahrensarten und Jahren aufschlüsseln)?
2. Welche konkreten strukturellen Vorteile für die Personalentwicklung erwartet die Landesregierung durch die Zusammenführung beider Gerichtsstandorte?
3. Wie viele Mitarbeiter sind derzeit (Stichtag 1. Mai 2011) an beiden Standorten tätig (bitte nach Gerichten und Laufbahnen aufschlüsseln)?
4. Wie viele Teilzeitkräfte sind derzeit an beiden Standorten tätig, wie viele davon sind allein erziehend (bitte nach Gerichten und Laufbahnen aufschlüsseln)? Wie viele Teilzeitkräfte sind in den Verwaltungsabteilungen eingesetzt?
5. Wie viele Einwohner leben im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz, wie viele sind es im Bezirk des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken?
6. Wie groß ist die Fläche des Bezirks des Oberlandesgerichts Koblenz, wie groß ist die des Bezirks des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken?
7. Wie hoch ist der Deckungsgrad nach der aktuellen Personalbedarfsberechnung bei den Richterinnen und Richtern beim Oberlandesgericht Koblenz und beim Oberlandesgericht Zweibrücken (bitte nach Tätigkeitsbereichen aufschlüsseln einschließlich Verwaltung)?
8. Wie viele Stellen können nach Auffassung der Landesregierung durch die Zusammenlegung beider Gerichte konkret eingespart werden (bitte nach Gerichten und Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen aufschlüsseln)?

II. Situation im Bereich der Generalstaatsanwaltschaften

1. Wie haben sich die bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz bearbeiteten Verfahren in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, wie war die Situation bei der Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken (bitte nach Generalstaatsanwaltschaften und Jahren aufschlüsseln)?
2. Welche konkreten strukturellen Vorteile für die Personalentwicklung erwartet die Landesregierung?
3. Wie viele Mitarbeiter sind derzeit (Stichtag 1. Mai 2011) an beiden Standorten tätig (bitte nach Standorten und Laufbahnen aufschlüsseln)?
4. Wie viele Teilzeitkräfte sind derzeit an beiden Standorten tätig, wie viele davon sind allein erziehend (bitte nach Staatsanwaltschaften und Laufbahnen aufschlüsseln)?
5. Wie viele Stellen können nach Auffassung der Landesregierung durch die Zusammenlegung beider Generalstaatsanwaltschaften konkret eingespart werden (bitte nach Staatsanwaltschaften und Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen aufschlüsseln)?

III. Situation im Bereich der Verwaltungsgerichte

1. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit der angekündigten Auflösung eines Gerichtsstandortes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit?
2. Welcher Gerichtsstandort soll aufgelöst werden?

IV. Doppelstrukturen

1. Gibt es eine Untersuchung des Landesrechnungshofs, in welcher echte Doppelstrukturen der beiden Oberlandesgerichte und der beiden Generalstaatsanwaltschaften in der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben festgestellt wurden?
2. Wenn ja: Wann wurde diese Überprüfung durchgeführt und welche Doppelstrukturen waren dies (Aufgabengebiete)?
3. Wurden in den vergangenen zehn Jahren Doppelstrukturen durch Konzentration von Verwaltungsaufgaben bei einem Oberlandesgericht bzw. einer Generalstaatsanwaltschaft abgebaut?
4. Um welche Aufgabengebiete handelte es sich ggf. dabei?
5. Welche Doppelstrukturen gibt es bei den beiden Oberlandesgerichten und Generalstaatsanwaltschaften heute noch (bitte Aufgabengebiete konkret bezeichnen)?
6. Wie viele Mitarbeiter bearbeiten die noch heute doppelt wahrgenommenen Aufgaben (bitte den Aufgaben die jeweiligen Arbeitskraftanteile nebst der Besoldungsstufe der Mitarbeiter zuordnen)?

V. Auswirkungen auf den Justizstandort Koblenz

1. Wie viele Mitarbeiter haben derzeit ihren Arbeitsplatz in dem am 4. Februar 2011 durch Ministerpräsident Kurt Beck und den damaligen Staatsminister der Justiz Dr. Bamberger eingeweihten Justizzentrum (bitte nach Laufbahnen aufgliedern)?
2. Wie groß ist die Gesamtmietfläche (bitte aufschlüsseln nach Büroräumen, Archivfläche bzw. weiteren Nutzungsarten)?
3. Wie lange ist die Vertragsdauer der zur Anmietung des Justizzentrums Koblenz geschlossenen Mietverträge? Gibt es eine vorzeitige Kündigungsmöglichkeit?
4. Der Justizminister hat bei der Eröffnung des Justizzentrums Koblenz am 4. Februar 2011 betont, dass die Reduzierung von zehn auf drei Liegenschaften der Justiz in Koblenz Synergieeffekte schaffe (s. PM vom 4. Februar 2011). Ist die Landesregierung der Auffassung, dass diese Synergieeffekte auch erreicht werden können, wenn ein Teil der Koblenzer Justizbehörden an den Standort Zweibrücken verlagert wird (wenn ja, bitte begründen)?
5. Wie viele Notare haben ihren Amtssitz im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz, wie viele sind es im Bezirk des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken?
6. Wie viele Rechtsanwälte sind im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz zugelassen, wie viele sind es im Bezirk des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken?
7. Wie viele Räume würden durch die Zusammenlegung der Generalstaatsanwaltschaften am Standort Zweibrücken im Justizzentrum Koblenz frei? Wie sollen diese künftig genutzt werden?

VI. Dienstaufsicht

1. Wie viele Besuche bei den ihrer Dienstaufsicht unterfallenden Gerichten haben die beiden Präsidenten der Oberlandesgerichte im Jahr 2010 durchgeführt (bitte aufgegliedert für beide Oberlandesgerichtsbezirke – hierzu sind auch Besuche anlässlich eines Besuchs des Staatsministers oder der Staatssekretärin zu zählen)?
2. Wie hoch waren die Fahrleistungen der jeweiligen Dienstwagen der beiden Oberlandesgerichtsbezirke im Jahr 2010 (bitte aufgegliedert für beide Oberlandesgerichtsbezirke)?
3. Wie häufig wurde das Oberlandesgericht Koblenz im Jahr 2010 von Mitarbeitern der Gerichte des Bezirks aufgesucht (Präsidenten- und Direktorenbesprechungen, Fortbildungen, Einzelgespräche)?
4. In welcher Höhe sind für die unter VI. 3 genannten Besuche Reisekosten abgerechnet worden?
5. Muss nach Auffassung der Landesregierung ein Präsident eines zentralen Oberlandesgerichts mit Sitz in Zweibrücken jährlich deutlich mehr als die zusammengerechnete Fahrstrecke der beiden Dienstfahrzeuge zurücklegen, weil er die seiner Dienstaufsicht unterfallenden Gerichte im nördlichen Teil von Rheinland-Pfalz jeweils von Zweibrücken aus anfährt?

VII. Personalförderung

1. Wie viele Richter und Staatsanwälte wurden in den vergangenen fünf Jahren bei den beiden Oberlandesgerichten und Generalstaatsanwaltschaften erprobt (bitte nach Bezirken aufgliedern)?
2. Wie hoch war in diesem Zeitraum in den jeweiligen Bezirken der Anteil der Richterinnen und Staatsanwältinnen mit halber Stelle?

3. Wie sollen die Erprobungen für diese Richterinnen und Staatsanwältinnen aus dem nördlichen Landesteil nach der Zusammenlegung erfolgen?
4. Wie soll diesen Richterinnen (mit halber Stelle) eine Erprobung in der Verwaltungsabteilung ermöglicht werden?

VIII. Raumsituation in Zweibrücken

1. Über welche Raumreserven verfügen das Oberlandesgericht und die Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken, aufgeteilt nach Arbeitsplätzen für Richter/Staatsanwälte, Serviceeinheiten und Mitarbeiter in der Verwaltung?
2. Wie viele zusätzliche Arbeitsplätze müssen im Zuge der Zusammenlegung in Zweibrücken eingerichtet werden?
3. Wo und wie soll das geschehen?
4. Mit welchen Kosten je Arbeitsplatz, unterteilt nach Richtern/Staatsanwälten, Serviceeinheiten und Mitarbeitern in der Verwaltung, ist zu rechnen?
5. Wie viele Sitzungssäle werden im Zuge der Zusammenlegung in Zweibrücken zusätzlich benötigt?
6. Mit welchem Finanzierungsaufwand ist hierfür zu rechnen?

IX. Sondersituation für den Staatsschutzsenat

1. Wie hoch war der Aufwand, um im Rahmen der 2006 abgeschlossenen Renovierung des Dienstgebäudes II des Oberlandesgerichts Koblenz einen Sitzungssaal, eine Verwahrzelle sowie Dienstzimmer für den Staatsschutzsenat entsprechend den Sicherheitsempfehlungen des Landeskriminalamts einzurichten?
2. Verfügt das Oberlandesgericht Zweibrücken bereits über vergleichbar gesicherte Räumlichkeiten?
3. Falls nein: Mit welchem Aufwand ist zu rechnen, um das Oberlandesgericht Zweibrücken mit entsprechenden, ausreichend gesicherten Räumlichkeiten auszustatten?
4. Wurde zur Abklärung des Umfangs der erforderlichen Sicherungsmaßnahmen schon Kontakt mit dem Landeskriminalamt aufgenommen?
5. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass ein Staatsschutzsenat nicht als auswärtiger Senat eingerichtet werden kann?

X. Einsparpotenzial Ministerium

1. Wie viele Mitarbeiter im höheren Dienst (bzw. vergleichbar vergütete Angestellte) hatte das Ministerium der Justiz am 28. Februar 2006 und am 28. Februar 2011 (bitte Aufstellung einschließlich der zu diesen Stichtagen an das Ministerium abgeordneten Kräfte, nach Besoldungsstufen aufgegliedert)?
2. Wurden seit März 2006 Aufgaben von dem Ministerium der Justiz auf die Oberlandesgerichte und die Generalstaatsanwaltschaften übertragen (bitte gegebenenfalls Zeitpunkt und Aufgabe bezeichnen)?
3. Falls ja: Wie viele Mitarbeiter (Arbeitskraftanteile, Besoldungsstufe) waren im Ministerium der Justiz mit diesen Aufgaben befasst?
4. Beabsichtigt das Ministerium, sich gleichfalls an den notwendigen Sparmaßnahmen zu beteiligen?
5. Falls ja: In welcher Weise und zu welchem Zeitpunkt?

XI. Sitzungstermine

1. Wie viele Verhandlungstermine haben die Senate des Oberlandesgerichts Koblenz im Jahr 2010 durchgeführt
 - a) in Zivilsachen,
 - b) in Familiensachen,
 - c) in Strafsachen (einschließlich Strafvollstreckung) – bei mehrtägigen Verhandlungen bitte die Zahl der Sitzungstage angeben sowie
 - d) in sonstigen Angelegenheiten (z. B. Notarsachen, Mediationen)?
2. Wie viele Beteiligte wurden zu diesen Terminen geladen (bitte aufgliedern in Rechtsanwälte, Parteien, Zeugen, Sachverständige, Jugendamtsmitarbeiter, Verfahrensbeistände und sonstige Beteiligte)?
3. Wie viele Beteiligte sind zu diesen Terminen erschienen, ohne dass sie geladen waren (z. B. Parteien, deren persönliches Erscheinen nicht angeordnet war)?
4. Wie viele der unter XI. 1 genannten Verfahren waren erstinstanzlich im Landgerichtsbezirk Koblenz entschieden worden?
5. Mit welchem Mehraufwand (Aufwandspositionen bitte aufschlüsseln) müssen die Beteiligten rechnen, wenn die unter XI. 4 genannten Verfahren bei einem Oberlandesgericht mit Sitz in Zweibrücken verhandelt und entschieden werden?
6. Stehen diesem Mehraufwand Ersparnisse bei Fahrtkosten und Abwesenheitsgeldern für in Zweibrücken verhandelte und entschiedene Verfahren aus den Landgerichtsbezirken Bad Kreuznach, Mainz und Trier gegenüber?

7. Ist davon auszugehen, dass die Zahl der mündlichen Verhandlungen in Zivilsachen nach der geplanten Änderung des § 522 Abs. 2 ZPO (Einführung einer Nichtzulassungsbeschwerde wie bei einem Urteil) zunehmen wird?

XII. Prozesskostenhilfe

- Wie hoch waren die Ausgaben für Prozesskostenhilfe (einschließlich Verfahrenskostenhilfe) insgesamt in den Jahren 2006 bis 2010?
- In wie vielen der bei dem Oberlandesgericht Koblenz im Jahr 2010 geführten Familien- und Zivilverfahren wurde zumindest einer Partei Prozesskostenhilfe bzw. Verfahrenskostenhilfe bewilligt (bitte Anteile getrennt für Zivil- und Familiensachen)?
- Wie hoch ist bei den unter XII. 2 genannten Bewilligungen von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe der Anteil der Bewilligungen ohne Ratenzahlungsanordnung?

XIII. Verkehrssituation

- Was wird die Landesregierung unternehmen, um die Erreichbarkeit des zentralen Oberlandesgerichts Zweibrücken im Fernverkehr der Bahn zu verbessern?
- In welchem zeitlichen Rahmen ist mit einer Verbesserung der Verkehrsanbindung zu rechnen?
- Mit welchen Kosten ist eine Verbesserung der Verkehrsanbindung voraussichtlich für das Land verbunden?

XIV. Kosten

- Wie hoch sind die Kosten, die dem Land voraussichtlich für
 - Neuorganisation,
 - Umbenennung,
 - Arbeitsplatzverlegungen,
 - Umbaumaßnahmen,
 - Trennungsgeld,
 - Umzugskosten sowie
 - Reise- und Fahrtkosten
 entstehen (bitte nach Posten getrennt aufschlüsseln)?
- Rechnet die Landesregierung im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz mit Mehrkosten für die umliegenden Landkreise im Bereich der Jugendämter und der Jugendgerichtshilfe? Wenn ja: Wie hoch sind diese nach Einschätzung der Landesregierung (bitte nach Landkreisen aufschlüsseln)?
- Ist nach Auffassung der Landesregierung im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz bei den Jugendämtern mit zusätzlichem Personalbedarf zu rechnen? Wenn ja: Erfolgt eine Erstattung dieser Kosten durch das Land?

XV. Rechtsrahmen

- Welche Rechtsfolgen haben die angekündigten Zusammenlegungen für die am Standort Koblenz beschäftigten Angestellten, für die dort tätigen Beamtinnen und Beamten sowie für die dort ernannten Richterinnen und Richter? Welche Rechtsfolgen haben die Zusammenlegungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Gerichte des Landes, die in einen Ringtausch zur Verlagerung von Personal an das Pfälzische Oberlandesgericht Zweibrücken einbezogen werden sollen?
- Welche Einzelmaßnahmen müssen jeweils ergriffen werden?
- Welche Rechtsgrundlagen gelten hierfür jeweils?
- Welche Rechtsschutzmöglichkeiten stehen den Betroffenen zu?
- Welche Gerichte sind örtlich und sachlich zuständig?

Das **Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz** hat die Große Anfrage namens der Landesregierung – Zuleitungsschreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 12. August 2011 – wie folgt beantwortet:

I. Situation im Bereich der Oberlandesgerichte

- Wie hat sich die Anzahl der beim Oberlandesgericht Koblenz eingegangenen Verfahren in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, wie war die Situation beim Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken (bitte nach Gerichten, Verfahrensarten und Jahren aufschlüsseln)?

Verfahrenseingänge Oberlandesgericht Koblenz

	2006	2007	2008	2009	2010
Zivilsachen	2 588	2 592	2 435	2 488	2 368
Familiensachen	2 018	1 969	1 881	1 924	2 101
Strafsachen	1 382	1 261	1 242	1 196	1 279

Verfahrenseingänge Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken

	2006	2007	2008	2009	2010
Zivilsachen	1 418	1 349	1 382	1 232	1 529
Familiensachen	1 253	1 307	1 229	1 154	1 059
Strafsachen	800	814	661	553	553

Die genannten Verfahrenseingänge ergeben sich aus der jeweiligen Personalbedarfsberechnung für das entsprechende Jahr. Zu beachten ist, dass die genannten Zahlen für das Jahr 2010 noch nicht belastbar sind, da noch keine Prüfung der erhobenen und von dem Statistischen Landesamt übermittelten Daten durch die gerichtliche Praxis erfolgt ist.

2. *Welche konkreten strukturellen Vorteile für die Personalentwicklung erwartet die Landesregierung durch die Zusammenführung beider Gerichtsstandorte?*

Die konkreten strukturellen Vorteile für die Personalentwicklung, die sich aus der Zusammenführung der beiden rheinland-pfälzischen Oberlandesgerichte ergeben können, sind abhängig von der konkreten Ausgestaltung der Zusammenführung. Diese Frage kann auch das unabhängige Expertengremium unter Vorsitz von Herrn Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer) erörtern, das bis Anfang März 2012 Vorschläge für strukturelle Reformen der Justiz in Rheinland-Pfalz vorlegen soll.

3. *Wie viele Mitarbeiter sind derzeit (Stichtag 1. Mai 2011) an beiden Standorten tätig (bitte nach Gerichten und Laufbahnen aufschlüsseln)?*

Bei dem Oberlandesgericht Koblenz waren im Mai 2011 tätig:

- a) im höheren Dienst: 57 Kräfte
- b) im gehobenen Dienst: 26 Kräfte
- c) im mittleren Dienst: 28 Kräfte
- d) im einfachen Dienst: 9 Kräfte
- e) Beschäftigte: 30 Kräfte.

Bei dem Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken waren im Mai 2011 tätig:

- a) im höheren Dienst: 30 Kräfte
- b) im gehobenen Dienst: 17 Kräfte
- c) im mittleren Dienst: 23 Kräfte
- d) im einfachen Dienst: 7 Kräfte
- e) Beschäftigte: 14 Kräfte.

4. *Wie viele Teilzeitkräfte sind derzeit an beiden Standorten tätig, wie viele davon sind allein erziehend (bitte nach Gerichten und Laufbahnen aufschlüsseln)? Wie viele Teilzeitkräfte sind in den Verwaltungsabteilungen eingesetzt?*

Am Standort Koblenz waren im Mai 2011 folgende Teilzeitkräfte tätig:

- a) im höheren Dienst: 3 Kräfte
- b) im gehobenen Dienst: 3 Kräfte
- c) im mittleren Dienst: 2 Kräfte
- d) bei den Beschäftigten: 15 Kräfte (davon fünf Reinigungskräfte).

In der Verwaltungsabteilung waren drei Kräfte des gehobenen Dienstes, zwei Kräfte des mittleren Dienstes und drei Beschäftigte als Teilzeitkräfte tätig.

Am Standort Zweibrücken waren im Mai 2011 folgende Teilzeitkräfte tätig:

- a) im höheren Dienst: 2 Kräfte
- b) im gehobenen Dienst: 5 Kräfte
- c) im mittleren Dienst: 2 Kräfte
- d) bei den Beschäftigten: 7 Kräfte (davon drei Reinigungskräfte).

In der Verwaltungsabteilung waren fünf Kräfte des gehobenen und zwei Kräfte des mittleren Dienstes tätig.

Angaben zur Zahl der Alleinerziehenden liegen nicht vor, da eine Erhebung dieser Daten unzulässig ist. Es handelt sich um personenbezogene Daten i. S. v. § 3 Landesdatenschutzgesetz (LDSG), deren Kenntnis zur rechtmäßigen Erfüllung der Aufgaben nicht erforderlich ist (§ 12 Abs. 1 LDSG).

5. *Wie viele Einwohner leben im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz, wie viele sind es im Bezirk des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken?*

Zum Stichtag 31. Dezember 2010 lebten im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz 2 604 895 Einwohner, im Bezirk des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken 1 398 850 Einwohner.

6. *Wie groß ist die Fläche des Bezirks des Oberlandesgerichts Koblenz, wie groß ist die des Bezirks des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken?*

Die Bodenfläche des Bezirkes des Oberlandesgerichts Koblenz beträgt 14 396 834 600 m², die Bodenfläche des Bezirkes des Pfälzischen Oberlandesgerichts in Zweibrücken 5 451 027 800 m².

7. *Wie hoch ist der Deckungsgrad nach der aktuellen Personalbedarfsberechnung bei den Richterinnen und Richtern beim Oberlandesgericht Koblenz und beim Oberlandesgericht Zweibrücken (bitte nach Tätigkeitsbereichen aufschlüsseln einschließlich Verwaltung)?*

Belastbare Daten hinsichtlich der Personalbedarfsberechnung für das Jahr 2010 liegen nicht vor, da noch keine Prüfung der erhobenen und von dem Statistischen Landesamt übermittelten Daten durch die gerichtliche Praxis erfolgt ist. Der nach dem bundesweit eingeführten Berechnungssystem PEBB\$Y ermittelte Deckungsgrad beträgt laut der Personalbedarfsberechnung für das Jahr 2009 für die Richterinnen und Richter bei dem Oberlandesgericht Koblenz 92 %, bei dem Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken 97 %.

Eine Personalbedarfsberechnung nach einzelnen Tätigkeitsgebieten erfolgt nicht. Vielmehr wird dem insgesamt ermittelten Personalbedarf nach PEBB\$Y der Gesamtpersonalbestand einer Behörde gegenübergestellt, da PEBB\$Y lediglich eine Richtschnur für die Personalzuteilung an einzelne Behörden darstellt. PEBB\$Y soll eine zuverlässige Berechnung des Personalbedarfs auf Landesebene gewährleisten, die für die Haushaltsaufstellung als Orientierungs- und Entscheidungshilfe dienen und eine angemessene Personalverteilung auf Bezirksebene (z. B. Oberlandesgerichtsbezirk, Landgerichtsbezirk) ermöglichen soll. Die Personalbedarfsberechnung dient jedoch nicht als Maßstab für die behördeninterne Geschäftsverteilung.

8. *Wie viele Stellen können nach Auffassung der Landesregierung durch die Zusammenlegung beider Gerichte konkret eingespart werden (bitte nach Gerichten und Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen aufschlüsseln)?*

Organisations-einheit	Personalbedarf vor der Zusammenlegung		Gesamt	Personalbedarf nach der Zusammenlegung					Summe	Entbehrliche Stellen (–) Mehrbedarf (+)
	Koblenz	Zwei-brücken		Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Beschäftigte	Einfacher Dienst		
Präsident/Präsidentin	1,00	1,00	2,00	1,00					1,00	– 1,00
Vizepräsident/Vizepräsidentin	1,00	1,00	2,00	1,50					1,50	– 0,50
Präsidialrichter/Präsidialrichterin	4,50	2,30	6,80	5,80					5,80	– 1,00
Verwaltungsreferent/Verwaltungsreferentin	0,80	1,00	1,80	1,00	0,80				1,80	0
Sachbearbeiter gehobener Dienst/Sachbearbeiterin gehobener Dienst	13,51	7,95	21,46		18,08				18,08	– 3,38
Mittlerer Dienst	7,08	4,85	11,93			9,83			9,83	– 2,10
Vorzimmer	1,26	0,65	1,91				1,00		1,00	– 0,91
IT-Angelegenheiten	17,28	22,67	39,95		– 0,50 ^{*)}	– 0,50 ^{*)}			38,95	– 1,00
Wachtmeister/Wachtmeisterin	10,00	5,00	15,00					12,00	12,00	– 3,00
Cheffahrer/Cheffahrerin	1,00	1,00	2,00			1,00			1,00	– 1,00

^{*)} Es lassen sich jeweils eine halbe Stelle im Mittleren und im Gehobenen Dienst einsparen.

II. Situation im Bereich der Generalstaatsanwaltschaften

1. *Wie haben sich die bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz bearbeiteten Verfahren in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, wie war die Situation bei der Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken (bitte nach Generalstaatsanwaltschaften und Jahren aufschlüsseln)?*

Verfahrenseingänge Generalstaatsanwaltschaft Koblenz

	2006	2007	2008	2009	2010
Verfahrenseingänge	2 737	2 655	2 679	2 825	2 935

Verfahrenseingänge Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken

	2006	2007	2008	2009	2010
Verfahrenseingänge	1 708	1 744	1 508	1 489	1 388

Die genannten Verfahrenseingänge ergeben sich aus der jeweiligen Personalbedarfsberechnung für das entsprechende Jahr. Zu beachten ist, dass die genannten Zahlen für das Jahr 2010 noch nicht belastbar sind, da noch keine Prüfung der erhobenen und von dem Statistischen Landesamt übermittelten Daten durch die staatsanwaltschaftliche Praxis erfolgt ist.

2. *Welche konkreten strukturellen Vorteile für die Personalentwicklung erwartet die Landesregierung?*

Auf die Antwort zu Frage I. 2 wird verwiesen.

3. *Wie viele Mitarbeiter sind derzeit (Stichtag 1. Mai 2011) an beiden Standorten tätig (bitte nach Standorten und Laufbahnen aufschlüsseln)?*

Bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz waren im Mai 2011 tätig:

- a) im höheren Dienst: 12 Kräfte
- b) im gehobenen Dienst: 2 Kräfte
- c) im mittleren Dienst: 6 Kräfte
- d) einfacher Dienst: –
- e) Beschäftigte 6 Kräfte.

Eine Kraft des gehobenen Dienstes nimmt gleichzeitig Verwaltungsaufgaben in der Verwaltungsabteilung des Oberlandesgerichts Koblenz wahr.

Bei der Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken waren im Mai 2011 tätig:

- a) im höheren Dienst: 6 Kräfte
- b) im gehobenen Dienst: 1 Kraft
- c) im mittleren Dienst: 2 Kräfte
- d) einfacher Dienst: –
- e) Beschäftigte: 4 Kräfte.

Die Kraft des gehobenen Dienstes nimmt gleichzeitig Aufgaben in der Verwaltungsabteilung des Pfälzischen Oberlandesgerichts wahr. Weitere elf Kräfte des gehobenen Dienstes, zwei Kräfte des mittleren Dienstes und ein Justizbeschäftigter, welche beim Pfälzischen Oberlandesgericht bereits genannt sind, nehmen gleichzeitig Aufgaben in der Verwaltungsabteilung der Generalstaatsanwaltschaft wahr.

4. *Wie viele Teilzeitkräfte sind derzeit an beiden Standorten tätig, wie viele davon sind alleinerziehend (bitte nach Staatsanwaltschaften und Laufbahnen aufschlüsseln)?*

Am Standort Koblenz waren im Mai 2011 eine Kraft des mittleren Dienstes und vier Beschäftigte als Teilzeitkräfte tätig.

Am Standort Zweibrücken waren im Mai 2011 je eine Kraft des gehobenen und des mittleren Dienstes sowie zwei Beschäftigte als Teilzeitkräfte tätig.

Angaben zur Zahl der Alleinerziehenden liegen nicht vor, da die Erhebung dieser Daten unzulässig ist. Es handelt sich um personenbezogene Daten i. S. v. § 3 LDSG, deren Kenntnis zur rechtmäßigen Erfüllung der Aufgaben nicht erforderlich ist (§ 12 Abs. 1 LDSG).

5. *Wie viele Stellen können nach Auffassung der Landesregierung durch die Zusammenlegung beider Generalstaatsanwaltschaften konkret eingespart werden (bitte nach Staatsanwaltschaften und Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen aufschlüsseln)?*

Organisations-einheit	Personalbedarf vor der Zusammenlegung		Gesamt	Personalbedarf nach der Zusammenlegung					Summe	Entbehrliche Stellen (–) Mehrbedarf (+)
	Koblenz	Zweibrücken		Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Beschäftigte	Einfacher Dienst		
Generalstaatsanwalt/Generalstaatsanwältin	1,00	1,00	2,00	1,00					1,00	– 1,00
Leitender Oberstaatsanwalt/Leitende Oberstaatsanwältin	1,00	1,00	2,00	1,50					1,50	– 0,50
Dezernenten (einschl. IT)	3,20	2,07	5,27	4,77					4,77	– 0,50
Gehobener Dienst (einschl. IT)	4,31	2,63	6,94		6,44				6,44	– 0,50
Vorzimmer	1,00	1,00	2,00				1,00		1,00	– 1,00
Cheffahrer/Cheffahrerin	1,00	0,50	1,50				1,00		1,00	– 0,50

III. Situation im Bereich der Verwaltungsgerichte

1. *Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit der angekündigten Auflösung eines Gerichtsstandortes in der Verwaltungsgerichtsbarkeit?*

Die Verfahrenseingänge in der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichtsbarkeit sind seit Jahren im Wesentlichen kontinuierlich rückläufig. Die Verfahrenseingänge in Hauptverfahren sind im Zeitraum 2001 bis 2010 um über 40 %, bei Eilverfahren um über 20 % gesunken. Die Nutzung der Ressourcen kann angesichts einer (bis auf Asyl- und Numerus-Clausus-Verfahren) eher verhaltenen Eingangsentwicklung auch unter haushaltswirtschaftlichen Gesichtspunkten noch gestrafft werden. Durch die Konzentration der ersten Instanz auf drei Standorte werden Einheiten geschaffen, die den Geschäftsanfall auch in Zukunft effizient und kostensparend bewältigen können.

2. *Welcher Gerichtsstandort soll aufgelöst werden?*

Diese Frage wird Gegenstand der Beratungen im Expertengremium sein.

IV. Doppelstrukturen

1. *Gibt es eine Untersuchung des Landesrechnungshofs, in welcher echte Doppelstrukturen der beiden Oberlandesgerichte und der beiden Generalstaatsanwaltschaften in der Wahrnehmung von Verwaltungsaufgaben festgestellt wurden?*

Der Rechnungshof Rheinland-Pfalz hat die Organisation und den Personalbedarf der Verwaltungsabteilungen der beiden Oberlandesgerichte und von vier Landgerichten (Frankenthal/Pfalz, Mainz, Trier und Zweibrücken) geprüft. Die Prüfung erstreckte sich vor allem darauf, ob der Aufbau und die Gliederung der Verwaltungsabteilungen (Aufbauorganisation) zweckmäßig waren, die Arbeitsprozesse (Ablauforganisation) effektiv und effizient ablaufen und ob die Aufgaben wirtschaftlicher und wirksamer erfüllt werden können. Im Ergebnis wurden u. a. Einsparmöglichkeiten im personellen Bereich gesehen.

Die Ermittlung von Synergieeffekten durch die Zusammenlegung der beiden Oberlandesgerichte war nicht Gegenstand der Prüfung.

2. *Wenn ja: Wann wurde diese Überprüfung durchgeführt und welche Doppelstrukturen waren dies (Aufgabengebiete)?*

Die in der Antwort zu IV. 1 erwähnte Untersuchung des Landesrechnungshofes erfolgte im Jahr 2003. Die Prüfungsberichte treffen keine Aussagen zu Doppelstrukturen.

3. *Wurden in den vergangenen zehn Jahren Doppelstrukturen durch Konzentration von Verwaltungsaufgaben bei einem Oberlandesgericht bzw. einer Generalstaatsanwaltschaft abgebaut?*

4. *Um welche Aufgabengebiete handelte es sich ggf. dabei?*

In den vergangenen zehn Jahren sind keine Doppelstrukturen durch Konzentration von Verwaltungsaufgaben bei einem Oberlandesgericht abgebaut worden.

5. Welche Doppelstrukturen gibt es bei den beiden Oberlandesgerichten und Generalstaatsanwaltschaften heute noch (bitte Aufgabengebiete konkret bezeichnen)?

Aufgrund desselben gesetzlichen Auftrags weist der Aufgabenkatalog der beiden Oberlandesgerichte und der Generalstaatsanwaltschaften mehrere übereinstimmende Aufgabengebiete aus. Zu beachten ist, dass in der Folge auch Punkte aufgeführt werden, bei denen lediglich in Teilbereichen eine Doppelstruktur besteht.

Doppelstrukturen bei den Oberlandesgerichten:

Es werden auch Doppelstrukturen aufgeführt, die von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der gemeinsamen Verwaltungsabteilung für die Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken wahrgenommen werden.

- Personalangelegenheiten der Richterinnen und Richter und der Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes,
- Personalbedarfsberechnung PEBBSY und die damit zusammenhängenden Statistiken PÜ, GÜ und Abwesenheitsstatistik,
- Fortbildungen der Richterinnen und Richter und der Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes,
- Gerichtsorganisation/Rechtsetzung,
- Verteilung der richterlichen Geschäfte und Vorbereitung der Beschlüsse des Präsidiums,
- Informationstechnologie, IT-Grundsatzfragen und Projektierung,
- Benchmarking in der Justiz,
- Vorbereitung von Dienstbesprechungen,
- Internationales Recht,
- Auswertung OLG-Forum,
- Mediation im Bereich der Gerichte,
- Justizmedienstelle,
- Juristisches Informationssystem (juris), beck online, Die DATENBANK,
- Präsentation im Internet,
- Recht der Notare und Notarassessoren einschließlich Gebührenrecht,
- Recht der Rechtsreferendare einschließlich Juristenausbildung,
- Recht der Rechtsanwälte, Rechtsbeistände und Prozessagenten einschließlich Gebührenrecht,
- Liste der Gemeinnützigen Einrichtungen,
- Befreiungen und Anerkennungen auf dem Gebiet des Familienrechts einschließlich Kostenansatz für die Befreiung von der Beibringung des Ehefähigkeitszeugnisses,
- Bezirkspersonalrat einschließlich der Vorbereitung der Sitzungen,
- Personalangelegenheiten der Beamtinnen und Beamten des gehobenen Justizdienstes, gehobenen Sozialdienstes, mittleren Justizdienstes, Gerichtsvollzieherdienstes und einfachen Justizdienstes,
- Grundsatzfragen des Landesgleichstellungsgesetzes; Frauenförderpläne,
- Ausbildungsangelegenheiten für den Amtsanwaltsdienst,
- Ausbildung, Auswahlverfahren, Ausbildungs- und Prüfungswesen,
- Fortbildung des nichtrichterlichen Dienstes,
- Grundsatzfragen des Beamten-, Laufbahn-, Nebentätigkeits- und Personalvertretungsrechts,
- Tarifrecht,
- Datenschutzangelegenheiten,
- forumSTAR und Elektronisches Grundbuch SolumSTAR,
- Datenverarbeitungsprojekte und Anwendungen im Hause,
- Pflege der Internet- und Intranetseiten,
- Administration AS/400 und AD Domänen,
- Beschaffung von IT-Hard- und Software,
- Koordination von IT-Schulungen,
- Organisationsangelegenheiten, Verwaltungsvereinfachung,
- Vordruckwesen,
- Geschäftsgang, Aktenordnung, Archivwesen, Zählkarten,
- Haushaltsangelegenheiten,
- Kosten-, Kassen- und Rechnungswesen,
- Arbeitsschutz,
- Besoldungs- und Versorgungsangelegenheiten,
- Trennungsgeld und Reisekosten,
- Sichtung der Landtagsdrucksachen,
- Grundsatzfragen der Gerichts- und Bewährungshilfe,
- Bibliotheken,
- Angelegenheiten der Sachverständigen, Dolmetscher und Übersetzer,
- Rechtshilfeverkehr in Zivil- und Strafsachen,
- Rechtsetzung Kostenrecht,
- Rechtsetzung: Vorgänge aus dem Hauptgebiet 4 (insbesondere Strafrecht) des Generalaktenplans,
- Rechtsetzung im Übrigen,

- Beiträge zur Beantwortung Großer und Kleiner Anfragen an die Bundes- und Landesregierung,
- Geschäftsleitung und Prüfungsgeschäfte beim Oberlandesgericht,
- Registratargeschäfte mit Präsentation Post,
- Vorzimmer der Präsidentin/des Präsidenten des Oberlandesgerichts,
- Fahrer(in) des Dienst-Kfz für den Präsidenten des Oberlandesgerichts.

Doppelstrukturen bei den Generalstaatsanwaltschaften:

- Stellungnahmen zu Gesetzgebungsangelegenheiten und zu Grundsatzfragen der Staatsanwaltschaft, insbesondere hinsichtlich der Anordnung über Organisation und Dienstbetrieb der Staatsanwaltschaft (OrgSta),
- Berichtspflichten in Strafsachen (BeStra),
- Berichtspflichten des Strafvollstreckungs- und des Gnadenrechts,
- Verwaltungsvorschriften,
- Rundschreiben,
- Allgemeine Personalangelegenheiten und Grundsatzfragen des höheren Dienstes (z. B. Berichtsaufträge und Stellenausschreibungen),
- Entscheidungen über wissenschaftliche Vorhaben und Forschungsprojekte,
- Beiträge zur Beantwortung Großer und Kleiner Anfragen an die Bundes- und Landesregierung,
- Befassung mit Anfragen der Generalstaatsanwälte zu rechtlichen und tatsächlichen Bewertungen und Erkenntnissen im Rahmen eines Meinungsaustauschs bzw. zur Vorbereitung der Generalstaatsanwaltstagungen,
- Aufgaben der Behörde nach § 18 BKAG, Nr. 25 ff. RiStBV (Führen von Sammelverfahren),
- Allgemeine Angelegenheiten aus dem Bereich der Fortbildung/Fortbildungsbeauftragte(r),
- Allgemeine Angelegenheiten aus dem Bereich des Sexualstrafrechts,
- Bekämpfung der Organisierten Kriminalität/OK-Koordinator,
- Ansprechpartner für die Bekämpfung des islamischen Terrorismus.

6. Wie viele Mitarbeiter bearbeiten die noch heute doppelt wahrgenommenen Aufgaben (bitte den Aufgaben die jeweiligen Arbeitskraftanteile nebst der Besoldungsstufe der Mitarbeiter zuordnen)?

Doppelt wahrgenommene Aufgaben sind mit unterschiedlichen Arbeitskraftanteilen in den Aufgabengebieten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter festzustellen, insbesondere zu nennen sind die Leitungen der Oberlandesgerichte und der Generalstaatsanwaltschaften (Besoldungsgruppen R 8, R 6 und R 5) sowie deren Stellvertretungen (Besoldungsgruppen R 4 und R 3). Darüber hinaus nehmen auch Präsidialrichter und Dezernenten (Besoldungsgruppe R 2) sowie Verwaltungsreferenten (Besoldungsgruppen A 16 und A 13) Aufgaben doppelt wahr. Im Bereich des gehobenen Dienstes sind Sachbearbeiter der Besoldungsgruppen A 9 bis A 13 mit Amtszulage, im Bereich des mittleren Dienstes Beamte der Besoldungsgruppen A 6 bis A 9 mit Amtszulage, Beschäftigte der Entgeltgruppen E 5 bis E 8 sowie Beamte des einfachen Dienstes der Besoldungsgruppen A 3 bis A 6 mit den als Doppelstrukturen einzustufenden Aufgabengebieten befasst.

Auf der Grundlage der Angaben der Präsidenten der Oberlandesgerichte und Generalstaatsanwälte entfallen Arbeitskraftanteile im Umfang von insgesamt 4,5 Kräften des gehobenen Dienstes, 2,5 Kräften des mittleren Dienstes sowie drei Kräften des einfachen Dienstes auf Doppelstrukturen. Darüber hinaus weisen die Aufgabengebiete der Vorzimmerkräfte der beiden Oberlandesgerichte und der Generalstaatsanwaltschaften (Entgeltgruppe 8) und sowie der Fahrer (Besoldungsgruppe A 8) Doppelstrukturen im Umfang von zwei bzw. 1,5 Arbeitskraftanteilen aus. Die auf die Doppelstrukturen entfallenden Arbeitskraftanteile werden durch das Expertengremium zu bewerten sein.

V. Auswirkungen auf den Justizstandort Koblenz

1. *Wie viele Mitarbeiter haben derzeit ihren Arbeitsplatz in dem am 4. Februar 2011 durch Ministerpräsident Kurt Beck und den damaligen Staatsminister der Justiz Dr. Bamberger eingeweihten Justizzentrum (bitte nach Laufbahnen aufgliedern)?*

Zum Stichtag 1. April 2011 waren in dem Neuen Justizzentrum Koblenz 452 Kräfte tätig. Diese verteilen sich wie folgt:

Kopfzahl	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Beschäftigte	Einfacher Dienst	Summe
Arbeitsgericht	11	6	1	24	0	42
Sozialgericht	16	3	1	27	3	50
Oberverwaltungsgericht	26	5	6	23	6	66
Verwaltungsgericht	17	3	6	3	0	29
Generalstaatsanwaltschaft	12	2	5	5	2	26
Staatsanwaltschaft	76	47	52	60	4	239
Summe	158	66	71	142	15	452

2. *Wie groß ist die Gesamtmietfläche (bitte aufschlüsseln nach Büroräumen, Archivfläche bzw. weiteren Nutzungsarten)?*

Die Gesamtmietfläche des Neubaus des Neuen Justizzentrums Koblenz beträgt 12 672 m² und schlüsselt sich wie folgt auf:

Büroräume:	6 152,0 m ²
davon entfallen auf:	
Verfassungsgerichtshof Rheinland Pfalz	25,0 m ²
gemeinsam genutzte Flächen	203,0 m ²
Generalstaatsanwaltschaft	631,0 m ²
Staatsanwaltschaft	3 838,0 m ²
Arbeitsgericht	738,0 m ²
Sozialgericht	717,0 m ²
Sitzungssäle/Beratungszimmer	406,0 m ²
Multifunktionsräume	166,0 m ²
Archivflächen	1 911,0 m ²
Nebennutzflächen (Flur/Wartebereiche/Toiletten/Teeküchen/Abstellräume)	4 037,0 m ² .

3. *Wie lange ist die Vertragsdauer der zur Anmietung eines Justizzentrums Koblenz geschlossenen Mietverträge? Gibt es eine vorzeitige Kündigungsmöglichkeit?*

Der Vertrag zur Anmietung des Neuen Justizzentrums Koblenz ist auf 30 Jahre abgeschlossen. Nach Ablauf verlängert sich das Mietverhältnis um jeweils ein Jahr, falls es nicht spätestens sechs Monate vor Ablauf der Mietzeit oder des jeweiligen Verlängerungszeitraums gekündigt wird. Für Kündigungen aus wichtigem Grund gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Eine Vereinbarung über eine vorzeitige Kündigungsmöglichkeit wurde nicht getroffen.

4. *Der Justizminister hat bei der Eröffnung des Justizzentrums Koblenz am 4. Februar 2011 betont, dass die Reduzierung von zehn auf drei Liegenschaften der Justiz in Koblenz Synergieeffekte schaffe (s. PM vom 4. Februar 2011). Ist die Landesregierung der Auffassung, dass diese Synergieeffekte auch erreicht werden können, wenn ein Teil der Koblenzer Justizbehörden an den Standort Zweibrücken verlagert wird (wenn ja, bitte begründen)?*

Die Synergieeffekte bleiben erhalten.

Soweit in dem Neuen Justizzentrum Koblenz durch den Fortgang von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Generalstaatsanwaltschaft räumliche Kapazitäten frei werden sollten, werden diese für Justizzwecke genutzt werden.

Die in Koblenz bereits geschaffenen Synergieeffekte, welche insbesondere aus der Zentralisierung der verschiedenen im Neuen Justizzentrum untergebrachten Gerichte und Behörden sowie der gemeinsamen Nutzung im Personal- und Sachmittelbereich folgen, bleiben daher uneingeschränkt erhalten.

Es ist zudem davon auszugehen, dass durch eine Zusammenlegung von Gerichten und die Auflösung von Doppelstrukturen weitere Synergieeffekte erreicht werden können. Bei der geplanten Zusammenführung der beiden Oberlandesgerichte und der Generalstaatsanwaltschaften gilt dies insbesondere für den Bereich der beiden Verwaltungsabteilungen. Gerade hier werden sich durch die Zusammenführung zu einer Verwaltungsabteilung an einem Standort Synergieeffekte realisieren lassen.

5. *Wie viele Notare haben ihren Amtssitz im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz, wie viele sind es im Bezirk des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken?*

Zum 4. Juli 2011 haben 98 Notarinnen und Notare ihren Amtssitz im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz und 53 Notarinnen und Notare im Bezirk des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken.

6. *Wie viele Rechtsanwälte sind im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz zugelassen, wie viele sind es im Bezirk des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken?*

Nach der Großen Mitgliederstatistik der Bundesrechtsanwaltskammer sind zum 1. Januar 2011 im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz 3 312 Mitglieder und im Bezirk des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken 1 440 Mitglieder verzeichnet.

7. *Wie viele Räume würden durch die Zusammenlegung der Generalstaatsanwaltschaften am Standort Zweibrücken im Justizzentrum Koblenz frei? Wie sollen diese künftig genutzt werden?*

Die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz belegt im dritten und vierten Obergeschoss des Gebäudes des Neubaus des Neuen Justizzentrums Koblenz eine Mietfläche von 826 m². Diese setzt sich aus einer Hauptnutzfläche von 631 m² sowie einer Nebennutzfläche von 195 m² zusammen. Derzeit werden erste Überlegungen für eine künftige Nutzung dieser Räumlichkeiten angestellt. Es gibt verschiedene Alternativen, die jedoch noch näher untersucht werden müssen. Sicher ist, dass diese Mietfläche für Justizzwecke genutzt werden wird.

VI. Dienstaufsicht

1. *Wie viele Besuche bei den ihrer Dienstaufsicht unterfallenden Gerichten haben die beiden Präsidenten der Oberlandesgerichte im Jahr 2010 durchgeführt (bitte aufgegliedert für beide Oberlandesgerichtsbezirke – hierzu sind auch Besuche anlässlich eines Besuchs des Staatsministers oder der Staatssekretärin zu zählen)?*

Oberlandesgericht Koblenz:

Im Jahr 2010 hat der Präsident des Oberlandesgerichts Koblenz acht seiner Dienstaufsicht unterstehenden Gerichte sowie die Landesjustizkasse in Mainz besucht.

Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken:

Im Jahr 2010 hat der Präsident des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken sieben seiner Dienstaufsicht unterstehenden Gerichte besucht.

2. *Wie hoch waren die Fahrleistungen der jeweiligen Dienstwagen der beiden Oberlandesgerichtsbezirke im Jahr 2010 (bitte aufgegliedert für beide Oberlandesgerichtsbezirke)?*

Oberlandesgericht Koblenz:

Die Gesamtfahrleistung des Dienstwagens des Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz im Jahr 2010 beläuft sich auf 30 671 km. Der Dienstwagen 1 ist im Jahr 2010 15 880 km, der Dienstwagen 2 27 220 km gefahren.

Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken:

Im Jahr 2010 betrug die Gesamtfahrleistung des Dienstwagens des Präsidenten des Pfälzischen Oberlandesgerichts Zweibrücken 30 353 km.

3. *Wie häufig wurde das Oberlandesgericht Koblenz im Jahr 2010 von Mitarbeitern der Gerichte des Bezirks aufgesucht (Präsidenten- und Direktorenbesprechungen, Fortbildungen, Einzelgespräche)?*

Im Jahr 2010 haben 3 199 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte des Bezirks zu 224 dienstlichen Terminen (Dienstbesprechungen, Fortbildungen, Workshops etc.) das Oberlandesgericht Koblenz besucht.

4. *In welcher Höhe sind für die unter VI. 3 genannten Besuche Reisekosten abgerechnet worden?*

Der Landesregierung liegen hierzu keine Angaben vor. Die angefallenen Reisekosten müssten für jeden einzelnen Vorgang durch die zuständige Reisekostenstelle der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion ermittelt werden. Aufgrund des damit verbundenen unverhältnismäßigen Aufwands sieht die Landesregierung hiervon ab.

5. *Muss nach Auffassung der Landesregierung ein Präsident eines zentralen Oberlandesgerichts mit Sitz in Zweibrücken jährlich deutlich mehr als die zusammengerechnete Fahrstrecke der beiden Dienstfahrzeuge zurücklegen, weil er die seiner Dienstaufsicht unterfallenden Gerichte im nördlichen Teil von Rheinland-Pfalz jeweils von Zweibrücken aus anfährt?*

Die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts entscheidet im Rahmen der ihr bzw. ihm obliegenden Dienstaufsicht in eigenem Ermessen über die Anzahl der Gerichtsbesuche. Wie häufig die Präsidentin oder der Präsident des Oberlandesgerichts Rheinland-Pfalz die Gerichte im nördlichen Teil von Rheinland-Pfalz anfahren würde, kann von der Landesregierung vor diesem Hintergrund nicht beurteilt werden.

*VII. Personalförderung**1. Wie viele Richter und Staatsanwälte wurden in den vergangenen fünf Jahren bei den beiden Oberlandesgerichten und Generalstaatsanwaltschaften erprobt (bitte nach Bezirken aufliedern)?*

Seit dem 1. Januar 2006 wurden bzw. werden Richterinnen und Richter bzw. Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wie folgt erprobt:

a) Oberlandesgericht Koblenz:

Bei dem Oberlandesgericht Koblenz wurden bzw. werden 31 Richterinnen und Richter erprobt. Davon stammten zwei Richterinnen und Richter aus dem Geschäftsbereich des Landgerichts Bad Kreuznach, elf aus dem Geschäftsbereich des Landgerichts Koblenz, zwölf aus dem Geschäftsbereich des Landgerichts Mainz und sechs aus dem Geschäftsbereich des Landgerichts Trier.

b) Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken:

Bei dem Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken wurden bzw. werden 26 Richterinnen und Richter erprobt. Davon stammten sieben Richterinnen und Richter aus dem Landgerichtsbezirk Frankenthal (Pfalz), fünf aus dem Landgerichtsbezirk Kaiserslautern, fünf aus dem Landgerichtsbezirk Landau in der Pfalz und neun aus dem Landgerichtsbezirk Zweibrücken.

c) Generalstaatsanwaltschaft Koblenz:

Bei der Generalstaatsanwaltschaft Koblenz wurden bzw. werden 18 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte erprobt. Davon stammten zehn Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Koblenz, vier aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Mainz, drei aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Trier und ein Staatsanwalt oder eine Staatsanwältin aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach.

d) Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken:

Bei der Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken wurden bzw. werden elf Staatsanwältinnen und Staatsanwälte erprobt. Davon stammten vier aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Frankenthal (Pfalz), drei aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern, eine Staatsanwältin aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Landau in der Pfalz sowie drei aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Zweibrücken.

2. Wie hoch war in diesem Zeitraum in den jeweiligen Bezirken der Anteil der Richterinnen und Staatsanwältinnen mit halber Stelle?

a) Oberlandesgericht Koblenz:

Acht der unter Abschnitt VII Ziffer 1 a) genannten Richterinnen sind bzw. waren zum Zeitpunkt der Erprobung teilzeitbeschäftigt (50 %), davon drei aus dem Landgerichtsbezirk Koblenz (entspricht 37,5 %), drei aus dem Landgerichtsbezirk Mainz (entspricht 37,5 %), eine aus dem Landgerichtsbezirk Bad Kreuznach (entspricht 12,5 %) und eine aus dem Landgerichtsbezirk Trier (entspricht 12,5 %).

b) Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken:

Zwei der unter Abschnitt VII Ziffer 1 b) genannten Richterinnen sind bzw. waren zum Zeitpunkt der Erprobung teilzeitbeschäftigt. Sie kommen aus dem Landgerichtsbezirk Frankenthal (Pfalz).

c) Generalstaatsanwaltschaft Koblenz:

Eine der unter Abschnitt VII Ziffer 1 c) genannten Staatsanwältinnen war zum Zeitpunkt der Erprobung teilzeitbeschäftigt (75 %). Sie kommt aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Koblenz.

d) Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken:

Drei der unter VII. Ziffer 1 c) genannten Staatsanwältinnen sind bzw. waren zum Zeitpunkt der Erprobung teilzeitbeschäftigt, eine davon aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Frankenthal (Pfalz), eine aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Landau, eine aus dem Bezirk der Staatsanwaltschaft Zweibrücken (entspricht jeweils 33,3 %).

3. Wie sollen die Erprobungen für diese Richterinnen und Staatsanwältinnen aus dem nördlichen Landesteil nach der Zusammenlegung erfolgen?

Ein für das ganze Land zuständiges Oberlandesgericht Rheinland-Pfalz mit Präsidialsitz in Zweibrücken wird in Koblenz, möglicherweise auch in Mainz weiterhin mit auswärtigen Senaten vertreten sein. Erprobungsmöglichkeiten für Richterinnen in Koblenz – gegebenenfalls auch in Mainz – sind damit auch weiterhin vorhanden. Im Übrigen obliegt die konkrete Ausgestaltung der Erprobungszeit der Präsidentin oder dem Präsidenten des Oberlandesgerichts.

Im nördlichen Landesteil sind derzeit elf Staatsanwältinnen teilzeitbeschäftigt, die noch keine Erprobung abgeleistet haben. Für in Trier teilzeitbeschäftigte Staatsanwältinnen wäre eine Erprobung in Zweibrücken mit einem kürzeren Anfahrtsweg verbunden als bei einer Erprobung in Koblenz. Für die in Mainz tätigen Staatsanwältinnen stehen bei einem nahezu gleichen Anfahrtsweg nach Zweibrücken auch Ersatzerprobungsmöglichkeiten in Mainz zur Verfügung. Für die in Koblenz tätigen Staatsanwältinnen können die Erprobungen im Rahmen flexibler Arbeitszeitgestaltungen in Zweibrücken oder auch im Wege der sogenannten Ersatzerprobungen an anderen Standorten gewährleistet werden.

4. *Wie soll diesen Richterinnen (mit halber Stelle) eine Erprobung in der Verwaltungsabteilung ermöglicht werden?*

„Erprobungen in der Verwaltungsabteilung“ sind bisher nicht vorgesehen. Derzeit bestehen im Rahmen der Erprobung Möglichkeiten zur Hospitation in der Verwaltungsabteilung. Diese werden bedarfsorientiert im Rahmen flexibler Arbeitszeitgestaltungen auch weiterhin sichergestellt werden können.

VIII. Raumsituation in Zweibrücken

1. *Über welche Raumreserven verfügen das Oberlandesgericht und die Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken, aufgeteilt nach Arbeitsplätzen für Richter/Staatsanwälte, Serviceeinheiten und Mitarbeiter in der Verwaltung?*

Derzeit verfügt das Pfälzische Oberlandesgericht Zweibrücken über drei nicht belegte Dienstzimmer. Durch geringe Umbaumaßnahmen können bis zu sechs weitere Räume geschaffen werden. Es handelt sich um Dienstzimmer, die für alle Funktionen genutzt werden können.

2. *Wie viele zusätzliche Arbeitsplätze müssen im Zuge der Zusammenlegung in Zweibrücken eingerichtet werden?*

3. *Wo und wie soll das geschehen?*

4. *Mit welchen Kosten je Arbeitsplatz, unterteilt nach Richtern/Staatsanwälten, Serviceeinheiten und Mitarbeitern in der Verwaltung, ist zu rechnen?*

5. *Wie viele Sitzungssäle werden im Zuge der Zusammenlegung in Zweibrücken zusätzlich benötigt?*

6. *Mit welchem Finanzierungsaufwand ist hierfür zu rechnen?*

Die Beantwortung dieser Fragen ist maßgeblich abhängig von der konkreten Ausgestaltung der Zusammenführung.

IX. Sondersituation für den Staatsschutzsenat

1. *Wie hoch war der Aufwand, um im Rahmen der 2006 abgeschlossenen Renovierung des Dienstgebäudes II des Oberlandesgerichts Koblenz einen Sitzungssaal, eine Verwahrzelle sowie Dienstzimmer für den Staatsschutzsenat entsprechend den Sicherheitsempfehlungen des Landeskriminalamts einzurichten?*

Die Sanierung des Dienstgebäudes II des Oberlandesgerichts Koblenz wurde durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) im Wege des Bauunterhalts durchgeführt und finanziert. Auch die Kosten für die Umsetzung von Sicherheitsempfehlungen des Landeskriminalamts in Höhe von rund 550 000 Euro hat der LBB im Rahmen der Generalsanierung getragen. Die Höhe der Kosten resultiert dabei auch aus der Tatsache, dass den Belangen des Denkmalschutzes Rechnung zu tragen war. Mit der Baumaßnahme war keine Mieterhöhung verbunden. Dem Justizressort sind daher keine Kosten entstanden.

2. *Verfügt das Oberlandesgericht Zweibrücken bereits über vergleichbar gesicherte Räumlichkeiten?*

Der Justizstandort Zweibrücken verfügt bereits über vergleichbar gesicherte Räumlichkeiten. So ist im Gebäude des Landgerichts Zweibrücken ein Sitzungssaal vorhanden, der unter Beteiligung des Landeskriminalamts eigens zur Verhandlung von Prozessen mit terroristischem Hintergrund gebaut wurde. Dieser im Inneren des Gebäudes liegende Saal verfügt z. B. aus Sicherheitsgründen nicht über Fenster und genügt, ohne dass weitere bauliche Maßnahmen erforderlich wären, auch den heute geltenden Sicherheitsstandards. Zugangsschleusen und Metalldetektorrahmen zur Personenkontrolle sind ebenfalls vorhanden, ebenso geeignete Verwahrzellen.

3. *Falls nein: Mit welchem Aufwand ist zu rechnen, um das Oberlandesgericht Zweibrücken mit entsprechenden, ausreichend gesicherten Räumlichkeiten auszustatten?*

Maßnahmen zur Ertüchtigung der Gebäudesicherheit sind aus den genannten Gründen nicht erforderlich.

4. *Wurde zur Abklärung des Umfangs der erforderlichen Sicherungsmaßnahmen schon Kontakt mit dem Landeskriminalamt aufgenommen?*

Nein. Unter den gegebenen Umständen ist dies nicht erforderlich.

5. *Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass ein Staatsschutzsenat nicht als auswärtiger Senat eingerichtet werden kann?*

Nach derzeitigem Stand ist nicht vorgesehen, einen Staatsschutzsenat als auswärtigen Senat zu errichten. Durch die gesetzlichen Vorschriften erscheint eine solche Errichtung aber nicht zwingend ausgeschlossen.

X. Einsparpotenzial Ministerium

1. *Wie viele Mitarbeiter im höheren Dienst (bzw. vergleichbar vergütete Angestellte) hatte das Ministerium der Justiz am 28. Februar 2006 und am 28. Februar 2011 (bitte Aufstellung einschließlich der zu diesen Stichtagen an das Ministerium abgeordneten Kräfte, nach Besoldungsstufen aufgegliedert)?*

Besoldungsstufe	28. Februar 2006	28. Februar 2011
B 6	4	3
B 3	7	10
A 16	8	12
A 15	6	5
A 14	2	2
A 13	1	2
R 6	0	1
R 4	1	0
R 3	0	1
R 2	8	8
R 1	9	13
E 15	0	1
E 14	0	1

2. *Wurden seit März 2006 Aufgaben von dem Ministerium der Justiz auf die Oberlandesgerichte und die Generalstaatsanwaltschaften übertragen (bitte gegebenenfalls Zeitpunkt und Aufgabe bezeichnen)?*

Durch die Landesverordnung über die Zuständigkeit für die Anerkennung ausländischer Entscheidungen in Ehesachen vom 23. Oktober 2008 (GVBl. S. 288, BS 400-10) wurden die der Landesjustizverwaltung nach Artikel 7 des Familienrechtsänderungsgesetzes vom 11. August 1961 (BGBl. I S. 1221) in der jeweils geltenden Fassung zustehenden Befugnisse auf die Präsidentin oder den Präsidenten des Oberlandesgerichts Koblenz übertragen. Die Verordnung ist am 1. Dezember 2008 in Kraft getreten. Das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist gemäß § 2 der Landesverordnung weiterhin für Verfahren zuständig, die vor dem 1. Dezember 2008 eingereicht wurden.

3. *Falls ja: Wie viele Mitarbeiter (Arbeitskraftanteile, Besoldungsstufe) waren im Ministerium der Justiz mit diesen Aufgaben befasst?*

Mit den Aufgaben waren ein Referent (Besoldungsgruppe R 1), Sachbearbeiterinnen (Besoldungsgruppen A 11 und A 12) sowie Schreibkräfte (Entgeltgruppe 5) mit anteiligen Arbeitskraftanteilen befasst. Die konkrete Höhe der Arbeitskraftanteile ist nicht mehr feststellbar.

4. *Beabsichtigt das Ministerium, sich gleichfalls an den notwendigen Sparmaßnahmen zu beteiligen?*

5. *Falls ja: In welcher Weise und zu welchem Zeitpunkt?*

Das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ist ebenfalls von notwendigen Sparmaßnahmen betroffen. Aufgrund des Ministerratsbeschlusses vom 25. Mai 2010 sind im Haushaltsjahr 2011 bereits zwei Stellen in Abgang gestellt worden. Darüber hinaus sind aufgrund dieser Vorgabe in den Jahren 2011 bis 2013 weitere 4,5 Stellen einzusparen und hierzu im Haushaltsplan 2011 entsprechende kw-Vermerke ausgebracht worden.

XI. Sitzungstermine

1. *Wie viele Verhandlungstermine haben die Senate des Oberlandesgerichts Koblenz im Jahr 2010 durchgeführt*

- a) *in Zivilsachen,*
- b) *in Familiensachen,*
- c) *in Strafsachen (einschließlich Strafvollstreckung) – bei mehrtägigen Verhandlungen bitte die Zahl der Sitzungstage angeben sowie*
- d) *in sonstigen Angelegenheiten (z. B. Notarsachen, Mediationen)?*

1. a): 686

1. b): 475

1. c): 46 (davon 36 Fortsetzungstermine in einem Verfahren, das bereits 2009 begonnen wurde).

1. d): 14 (davon sechs Mediationen, zwei Notarsachen und sechs Sitzungstermine des Anwaltsgerichtshofs).

2. *Wie viele Beteiligte wurden zu diesen Terminen geladen (bitte auflisten in Rechtsanwälte, Parteien, Zeugen, Sachverständige, Jugendamtsmitarbeiter, Verfahrensbeistände und sonstige Beteiligte)?*

a) Geladene Rechtsanwälte: 1 902

(davon 1 128 in Zivilsachen, 742 in Familiensachen, 17 in Strafsachen – davon vier jeweils 36-mal –, zwölf in Mediationen und drei in Sachen des Anwaltsgerichtshofs).

b) Geladene Parteien: 571

(davon 100 in Zivilsachen, 439 in Familiensachen, zwei in Strafsachen – jeweils 36-mal – zwölf in Mediationen, zwei in Notarsachen und 16 in Sachen des Anwaltsgerichtshofs).

c) Geladene Zeugen: 282

(davon 117 in Zivilsachen, 46 in Familiensachen, 119 in Strafsachen – diese Zeugen sämtlich in dem gleichen Verfahren vor dem Staatsschutzsenat).

d) Geladene Sachverständige: 82

(davon 48 in Zivilsachen, 25 in Familiensachen, neun in Strafsachen).

e) Geladene Mitarbeiter der Jugendämter: 79

(nur Familiensachen).

f) Geladene Verfahrensbeistände: 63

(nur Familiensachen).

g) Geladene sonstige Beteiligte (u. a. Dolmetscher): 70

(davon 42 in Zivilsachen, 16 in Familiensachen, acht in Strafsachen und vier in Sachen des Anwaltsgerichtshofs).

3. *Wie viele Beteiligte sind zu diesen Terminen erschienen, ohne dass sie geladen waren (z. B. Parteien, deren persönliches Erscheinen nicht angeordnet war)?*

447 (davon 336 in Zivilsachen, 111 in Familiensachen).

4. *Wie viele der unter XI. 1 genannten Verfahren waren erstinstanzlich im Landgerichtsbezirk Koblenz entschieden worden?*

523.

5. *Mit welchem Mehraufwand (Aufwandspositionen bitte aufschlüsseln) müssen die Beteiligten rechnen, wenn die unter XI. 4 genannten Verfahren bei einem Oberlandesgericht mit Sitz in Zweibrücken verhandelt und entschieden werden?*

6. *Stehen diesem Mehraufwand Ersparnisse bei Fahrtkosten und Abwesenheitsgeldern für in Zweibrücken verhandelte und entschiedene Verfahren aus den Landgerichtsbezirken Bad Kreuznach, Mainz und Trier gegenüber?*

Abstrakte Angaben zu einem denkbaren Mehraufwand bzw. zu denkbaren Ersparnissen bei den Beteiligten sind nicht möglich. Diese sind abhängig von den konkreten Gegebenheiten der einzelnen künftigen Verfahren, beispielsweise von der Frage, wo die Beteiligten ihren Wohn- oder Dienstsitz haben.

7. *Ist davon auszugehen, dass die Zahl der mündlichen Verhandlungen in Zivilsachen nach der geplanten Änderung des § 522 Abs. 2 ZPO (Einführung einer Nichtzulassungsbeschwerde wie bei einem Urteil) zunehmen wird?*

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 1. April 2011 (Bundestagsdrucksache 17/5334) soll für Zurückweisungsbeschlüsse nach § 522 Abs. 2 ZPO bei einer Beschwer über 20 000 € das Rechtsmittel der Nichtzulassungsbeschwerde eingeführt werden. Der Rechtsausschuss hat mit Beschluss vom 1. Juli 2011 empfohlen, den Gesetzentwurf (mit wenigen Änderungen) anzunehmen. Gleichzeitig wurde empfohlen, die Gesetzentwürfe zur Aufhebung von § 522 Abs. 2 ZPO (Bundestagsdrucksache 17/4431 und 17/5363) abzulehnen. Am 7. Juli 2011 hat der Bundestag die Neufassung des § 522 Abs. 2 ZPO beschlossen. Es bleibt abzuwarten, ob das Gesetz in der vorliegenden Form in Kraft treten wird.

Ob eine Neufassung des § 522 Abs. 2 ZPO zu einem erheblichen Anstieg der Anzahl mündlicher Verhandlungen führen würde, wurde bereits im bisherigen Gesetzgebungsverfahren uneinheitlich beurteilt.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 1. April 2011 (Bundestagsdrucksache 17/5334) geht davon aus, die Berufungsgerichte würden durch den im Entwurf vorgesehenen Ausschluss einer Zurückweisungsbeschlusses bei gebotener mündlicher Verhandlung „nur unerheblich zusätzlich belastet“ (aaO., S. 2, 7). Demgegenüber geht der Bundesrat in seiner Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf von „wieder vermehrt durchzuführenden mündlichen Verhandlungen“ aus (aaO., S. 12). Die zu dieser Frage angehörte gerichtliche Praxis vertritt ebenfalls unterschiedliche Auffassungen.

Eine verlässliche Prognose zu der Frage, ob mit der beschlossenen Neufassung des § 522 Abs. 2 ZPO im Falle ihres Inkrafttretens ein signifikanter Anstieg der Zahl mündlicher Verhandlungen verbunden sein würde, kann nicht abgegeben werden. Die Entwicklung bleibt abzuwarten.

XII. Prozesskostenhilfe

1. Wie hoch waren die Ausgaben für Prozesskostenhilfe (einschließlich Verfahrenskostenhilfe) insgesamt in den Jahren 2006 bis 2010?

Die Ausgaben für Prozesskostenhilfe bei den ordentlichen Gerichten (Kapitel 05 03 Titel 532 02) haben nach dem Ergebnis der Haushaltsrechnung betragen:

2006:	22 369 319 Euro
2007:	23 330 984 Euro
2008:	22 260 532 Euro
2009:	23 314 282 Euro
2010:	23 458 261 Euro.

2. In wie vielen der bei dem Oberlandesgericht Koblenz im Jahr 2010 geführten Familien- und Zivilverfahren wurde zumindest einer Partei Prozesskostenhilfe bzw. Verfahrenskostenhilfe bewilligt (bitte Anteile getrennt für Zivil- und Familiensachen)?

Zivilverfahren	2010
Anzahl der Prozesskostenhilfebewilligungen in Zivilverfahren	79
Familiensachen	2010
Anzahl der Verfahrenskostenhilfebewilligungen in Familiensachen	382

3. Wie hoch ist bei den unter XII. 2 genannten Bewilligungen von Prozess- und Verfahrenskostenhilfe der Anteil der Bewilligungen ohne Ratenzahlungsanordnung?

Zivilverfahren	2010
Anzahl der Prozesskostenhilfebewilligungen in Zivilverfahren	79
Bewilligungen ohne Ratenzahlungsanordnung	71
Anteil in Prozent	89,9
Familiensachen	2010
Anzahl der Verfahrenskostenhilfebewilligungen in Familiensachen	382
Bewilligungen ohne Ratenzahlungsanordnung	236
Anteil in Prozent	61,8

XIII. Verkehrssituation

1. Was wird die Landesregierung unternehmen, um die Erreichbarkeit des zentralen Oberlandesgerichts Zweibrücken im Fernverkehr der Bahn zu verbessern?

Zweibrücken liegt an der eingleisigen nicht elektrifizierten Eisenbahnstrecke (Saarbrücken –) Rohrbach – Pirmasens Nord – Landau. Auf ihr verkehren zwischen Saarbrücken Hbf. und Pirmasens Hbf. Regionalbahnzüge im Stundentakt mit einzelnen Verdichterzügen im Berufsverkehr.

Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Eisenbahnstrecke Zweibrücken – Homburg für den Schienenpersonennahverkehr zu reaktivieren und zu elektrifizieren und die Bedienung in die S-Bahn Rhein-Neckar einzubeziehen. Damit kann für Zweibrücken auch eine Anbindung an die Fernverkehrshalte in Homburg erreicht werden. Diese Reaktivierung soll gemeinsam mit dem Saarland verfolgt werden. Mit dem Saarland ist vereinbart, zunächst eine Vorentwurfsplanung für das Projekt durch die DB AG durchführen zu lassen, um Kostensicherheit zu erlangen.

2. In welchem zeitlichen Rahmen ist mit einer Verbesserung der Verkehrsanbindung zu rechnen?

3. Mit welchen Kosten ist eine Verbesserung der Verkehrsanbindung voraussichtlich für das Land verbunden?

Ein zeitlicher Rahmen für eine mögliche Umsetzung des Reaktivierungsprojektes lässt sich derzeit noch nicht benennen, weil dieser von dem Ergebnis der Vorentwurfsplanung, den Verhandlungen mit dem Saarland und dem Bund über eine Kostenteilung und den Verlauf der planrechtlichen Verfahren abhängt. Auch die notwendigen Investitionskosten auf aktuellem Kostenstand und die Höhe der Planungskosten sind derzeit noch nicht bekannt. Das Land hat dem Saarland angeboten, die Hälfte der Kosten für die Vorentwurfsplanung zu tragen.

XIV. Kosten

1. Wie hoch sind die Kosten, die dem Land voraussichtlich für

- Neuorganisation,
- Umbenennung,
- Arbeitsplatzverlegungen,
- Umbaumaßnahmen,
- Trennungsgeld,
- Umzugskosten sowie
- Reise- und Fahrtkosten

entstehen (bitte nach Posten getrennt aufschlüsseln)?

Trennungsgeld und Umzugskosten:

Landesbeamtinnen und Landesbeamte sowie Richterinnen und Richter haben nach schriftlicher Zusage einen Anspruch auf Umzugskostenvergütung nach dem Landesumzugskostengesetz. Die Umzugskostenvergütung umfasst im Wesentlichen die Beförderungsauslagen, Reisekosten, Mietentschädigung, Auslagen für die Umzugsvorbereitung sowie eine Pauschvergütung. Trennungsgeld darf nach Zusage der Umzugskostenvergütung nur gewährt werden, wenn die berechtigte Person uneingeschränkt umzugswillig ist und nachweislich wegen Wohnungsmangel am neuen Dienstort nicht umziehen kann. Gleiches gilt, wenn bestimmte Ausnahmetatbestände bei der berechtigten Person oder einer zur häuslichen Gemeinschaft gehörenden Person vorliegen. Hierzu zählen vor allem vorübergehende schwere Erkrankungen, ein Beschäftigungsverbot nach den Vorschriften über den Mutterschutz, die Schul- oder Berufsausbildung eines Kindes in der Regel bis zum Ende des Schul- oder Ausbildungsjahres sowie eine akute lebensbedrohende Erkrankung eines Elternteils.

Die maßgeblichen Vorschriften werden durch den in Rheinland-Pfalz geltenden Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder auch für tariflich Beschäftigte für anwendbar erklärt.

Wie hoch die Kosten sind, die dem Land durch Umzugskostenvergütung und Trennungsgeld entstehen, hängt somit davon ab, wie viele Beschäftigte von Koblenz nach Zweibrücken umziehen werden und in welchen persönlichen Lebensumständen sie sich befinden. Maßgeblich abhängig sind diese Kosten von der konkreten Ausgestaltung der Zusammenführung. Bezogen auf die Richterinnen und Richter kommt hinzu, dass Senate eines Oberlandesgerichts durch das Präsidium besetzt werden.

Reise- und Fahrtkosten:

Für von der Behörde angeordnete oder genehmigte Dienstreisen haben Landesbeamtinnen und Landesbeamte sowie Richterinnen und Richter Anspruch auf Erstattung der Auslagen. Dienstreisen von Richterinnen und Richtern zur Wahrnehmung eines richterlichen Amtsgeschäfts, zur Teilnahme an einer Sitzung des Richterwahlausschusses oder des Präsidiums sowie Dienstreisen von Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern zur Wahrnehmung von Aufgaben der Rechtspflege bedürfen nicht der Anordnung oder Genehmigung.

Die maßgeblichen Vorschriften werden durch den in Rheinland-Pfalz geltenden Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder auch für tariflich Beschäftigte für anwendbar erklärt.

Für die Anordnung und Genehmigung von Dienstreisen ihrer Leiterinnen und Leiter sowie die ihrer unmittelbaren Dienstaufsicht unterstehenden Bediensteten sind die obersten Landesgerichte sowie die Generalstaatsanwaltschaften selbst zuständig. Die richterlichen Amtsgeschäfte nehmen die Gerichte in richterlicher Unabhängigkeit wahr. Angaben dazu, in welchem Umfang Dienstreisen von Beschäftigten eines künftigen Oberlandesgericht Rheinland-Pfalz und der Generalstaatsanwaltschaft vorgenommen werden, können daher von Seiten der Landesregierung nicht gemacht werden.

Hinsichtlich der weiteren Positionen ist eine Beantwortung der Frage maßgeblich abhängig von der konkreten Ausgestaltung der Zusammenführung.

2. *Rechnet die Landesregierung im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz mit Mehrkosten für die umliegenden Landkreise im Bereich der Jugendämter und der Jugendgerichtshilfe? Wenn ja: Wie hoch sind diese nach Einschätzung der Landesregierung (bitte nach Landkreisen aufschlüsseln)?*
3. *Ist nach Auffassung der Landesregierung im Bezirk des Oberlandesgerichts Koblenz bei den Jugendämtern mit zusätzlichem Personalbedarf zu rechnen? Wenn ja: Erfolgt eine Erstattung dieser Kosten durch das Land?*

Die Beantwortung dieser Fragen ist maßgeblich abhängig von der konkreten Ausgestaltung der Zusammenführung.

XV. Rechtsrahmen

1. *Welche Rechtsfolgen haben die angekündigten Zusammenlegungen für die am Standort Koblenz beschäftigten Angestellten, für die dort tätigen Beamtinnen und Beamten sowie für die dort ernannten Richterinnen und Richter? Welche Rechtsfolgen haben die Zusammenlegungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Gerichte des Landes, die in einen Ringtausch zur Verlagerung von Personal an das Pfälzische Oberlandesgericht Zweibrücken einbezogen werden sollen?*
2. *Welche Einzelmaßnahmen müssen jeweils ergriffen werden?*
3. *Welche Rechtsgrundlagen gelten hierfür jeweils?*

Bei einer Veränderung der Einrichtung der Gerichte oder ihrer Bezirke kann einer Richterin oder einem Richter nach §§ 30, 32 DRiG ein anderes Richteramt übertragen werden. Nur sofern dies nicht möglich ist, kann eine Richterin oder ein Richter auch – unter voller Belassung des Gehalts – des Amtes enthoben werden. Beamtinnen und Beamte können nach § 33 LBG versetzt oder nach § 35 LBG unter engen Voraussetzungen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Tariflich Beschäftigte können nach § 4 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder versetzt werden. Allerdings sehen die auch in Rheinland-Pfalz anzuwendenden Tarifverträge über den Rationalisierungsschutz umfassende Regelungen zur Arbeitsplatzsicherung, zum Kündigungsschutz und zur Vergütungssicherung vor.

Ungeachtet der rechtlichen und tarifvertraglichen Vorgaben ist sich die Landesregierung ihrer Verantwortung gegenüber den Richterinnen und Richtern, Beamtinnen und Beamten sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bewusst. Es soll daher nicht zu Amtsenthebungen, einstweiligen Zur-Ruheetzungen oder Entlassungen kommen. Sofern nicht ohnehin eine Tätigkeit bei den in Koblenz zu errichtenden auswärtigen Senaten des Oberlandesgerichts Rheinland-Pfalz in Betracht kommt, werden sozialverträgliche Versetzungen an andere Gerichte oder Behörden im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz angestrebt. Alle Beschäftigten und Beamten im einfachen, mittleren und gehobenen Dienst werden auch zukünftig weiter in Koblenz verwendet werden können, sofern sie dies wünschen.

Ein Ringtausch zur Verlagerung von Personal an das Oberlandesgericht Rheinland-Pfalz in Zweibrücken ist nicht geplant.

4. *Welche Rechtsschutzmöglichkeiten stehen den Betroffenen zu?*

Richterinnen und Richter können Maßnahmen wegen Veränderung der Gerichtsorganisation vor dem Dienstgericht für Richterinnen und Richter und in zweiter Instanz vor dem Dienstgerichtshof für Richterinnen und Richter anfechten. Beamtinnen und Beamten steht gegen ihre Versetzung der Verwaltungsrechtsweg offen. Tariflich Beschäftigte können gegen nicht einvernehmliche Versetzungen vor den Arbeitsgerichten vorgehen.

5. *Welche Gerichte sind örtlich und sachlich zuständig?*

Das Richterdienstgericht ist derzeit bei dem Pfälzischen Oberlandesgericht Zweibrücken, der Dienstgerichtshof bei dem Oberlandesgericht Koblenz errichtet. Die örtliche Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts richtet sich nach dem dienstlichen Wohnsitz oder in Ermangelung dessen nach dem Wohnsitz der Beamtin oder des Beamten. Vor den Arbeitsgerichten bestehen ein allgemeiner Gerichtsstand am Amtssitz des beklagten Landes in Mainz und ein besonderer Gerichtsstand an dem Ort, an dem die vertragliche Verpflichtung zu erfüllen ist. Das ist vorliegend Koblenz.

Jochen Hartloff
Staatsminister